

Wirtschaftsnahe Kommunalpolitik

Forderungen der IHK Ostbrandenburg zur Kommunalwahl 2008

Wirtschaftskraft, Beschäftigung und sozialer Fortschritt vereinen sich stets in einem konkreten kommunalen Umfeld.

Ein erfolgreiches Gemeinwesen und wirtschaftliche Entwicklung stehen in einer sehr engen Wechselbeziehung.

Die Brandenburger Städte und Gemeinden wie auch die Unternehmen haben anspruchsvolle Aufgaben zu bewältigen, um unter den Bedingungen des demografischen Wandels, dem daraus resultierenden Fachkräftemangel und den strukturellen Anpassungen der Wirtschaft eine erfolgreiche Politik vor Ort zu gestalten.

Aus der Sicht der Industrie- und Handelskammer Ostbrandenburg ergeben sich folgende grundlegende Anforderungen an eine leistungsfördernde und wirtschaftsnahe Kommunalpolitik in der bevorstehenden Legislaturperiode.

1. Attraktivität der Städte und Gemeinden weiter erhöhen

Menschen, die sich in ihrem Arbeits- und Lebensumfeld wohlfühlen, tendieren nicht zur Migration und sind für Investoren glaubwürdige Botschafter ihrer Städte und Gemeinden.

Wesentliche Attraktivitätsmerkmale von Kommunen werden von ihren Zentren geprägt. Deshalb ist es notwendig, gute Rahmenbedingungen für die Entwicklung und Ansiedlung von Handels- und Dienstleistungsunternehmen zu schaffen. Dazu gehören ein attraktiver öffentlicher Raum, die gute Erreichbarkeit von Handels- und Dienstleistungsstandorten sowie die unternehmensfreundliche Sanierung innerstädtischer Bausubstanz.

Mit kommunalen Einzelhandelskonzepten sind die Sicherung der verbrauchernahen Versorgung der Bevölkerung, der Schutz zentraler Versorgungsbereiche sowie eine ausgewogene Handelsentwicklung sicherzustellen. Gemeinsam mit den Händlern sollten die Kommunen das Stadtmarketing verbessern. Dies kann umgesetzt werden durch eine verbesserte Kooperation zwischen Kommunen und Handel, die Unterstützung von innerstädtischen Arbeitsgemeinschaften, die Durchführung von Wettbewerben oder die Organisation von gemeinsamen Veranstaltungen. Jede Kommune ist aufgefordert, im Sinne einer geordneten Entwicklung ein mit den anderen Kommunen abgestimmtes Einzelhandels- und Zentrenkonzept zu erarbeiten und umzusetzen.

2. Beim Infrastrukturausbau nicht nachlassen

Die Qualität der Infrastruktur beeinflusst die Fixkosten der Unternehmen und die harten Faktoren bei der Investorenakquise.

Für wichtige kommunale Vorhaben zur Entwicklung der wirtschaftsnahen Infrastruktur sind die Bundes- und Landesförderungen zu nutzen. Die dazu benötigten Ko-Finanzierungsmittel sind rechtzeitig und ausreichend im Kommunalhaushalt einzustellen.

Die Verfügbarkeit schneller Internetanbindungen erlangt als qualitativer Standortfaktor zunehmende Bedeutung. Die Städte und Gemeinden sollten eigene Handlungskonzepte erstellen, um die Investitionsbereitschaft der Breitbandanbieter zu verbessern. Darüber hinaus sind die Kommunen angehalten, die Erbringung von Eigenleistungen wie z. B. die Bereitstellung kommunaler Gebäude für Antennen oder Finanzierungsmöglichkeiten im Rahmen von Privat-Public-Partnership-Modellen zu prüfen.

Insbesondere in der Koordination mit anderen erdgebundenen kommunalen Infrastrukturvorhaben sind erhebliche Kostenreduzierungen möglich, z. B. durch die Einbringung von Leerrohren für Glasfaserkabel.

3. Durch effiziente Verwaltungen die Wirtschaft entlasten

Eine moderne öffentliche Verwaltung ist ein wesentlicher Faktor für den Erfolg des Wirtschaftsstandortes Brandenburg. Vor dem Hintergrund eines starken Standortwettbewerbs sollten sich die Kommunen durch Bürgernähe und hohe Dienstleistungsorientierung weiter profilieren.

In der wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen darf keine Konkurrenzsituation zur Privatwirtschaft entstehen. Kooperationen mit der privaten Wirtschaft, z. B. durch PPP-Modelle, sollten stärker genutzt werden.

Der Einsatz von Informationstechnologien zur Prozessverbesserung, Effizienz- und Servicesteigerung sowie zur Reduzierung von Bürokratie und Kosten muss weiter beschleunigt werden. Es gilt bestehende Verfahren auf den Prüfstand zu stellen und auf die Bedürfnisse der Wirtschaft hin einfach und praktikabel zu gestalten (z. B. Gewerbeanmeldung-Online, digitale Bauleitplanung, Geographische Informationssysteme).

Im eGovernment-Prozess müssen die Zeit- und Kosteneffizienz für die Verwaltung und die Nutzer aus der Wirtschaft noch stärker zur Geltung kommen.

Die politischen Appelle zum Bürokratieabbau und zur Deregulierung müssen in der täglichen Verwaltungspraxis erlebbar sein. Von den Unternehmen werden Dienstleistungsverhalten der Ansprechpartner, Ausschöpfen der Rechtsrahmen pro Wirtschaft sowie schnelle und kompetente Entscheidungen erwartet.

4. Weiter auf hohe Qualität in der Investorenakquise setzen

Die Ansiedlung neuer Unternehmen muss in den Städten und Gemeinden nach Kräften gefördert werden. Dafür ist die Zusammenarbeit der Kommunen und Landkreise untereinander im Bereich des Standortmarketings und der Wirtschaftsförderung weiter zu intensivieren. Vor allem die regionalen Wachstumskerne und ihre Umlandgemeinden müssen ihre Wirtschaftsförderung und Investorenwerbung aus einem Guss betreiben.

In den relevanten Kommunalverwaltungen ist die Schaffung von zentralen Anlaufstellen zur Lösung und Begleitung von Anliegen aus der Wirtschaft zu gewährleisten.

5. Bildung und Betreuung als Zukunftssicherung nutzen

Auf kommunaler Ebene müssen größtmögliche Anstrengungen unternommen werden, um bereits im Vorschulalter gezielte Bildungsarbeit leisten zu können. Der Brandenburger Standortvorteil in der Kita-Versorgung darf grundsätzlich nicht zur Disposition stehen. Das Netz an Schulstandorten muss gehalten werden. Ebenso müssen die Angebote für die Elitenförderung, einschließlich der Genehmigung von Privatschulen, stets der Nachfrage gerecht werden. Verstärkt müssen kommunale Plattformen zur Verzahnung von Wirtschaft und Schule aufgegriffen werden.

6. Leistungsfähigkeit und Effektivität durch kommunale Zusammenarbeit stärken

In Anbetracht der kommunalen Haushaltszwänge und der weiter steigenden Anforderungen der Wirtschaft an die Qualität der öffentlichen Verwaltungen vor Ort sind kommunale Kooperationen erforderlich.

Praktische Felder dieser interkommunalen Zusammenarbeit sollten z. B. die Nutzung von Fachpersonal, die Bauleitplanung, geeignete Tourismusaktivitäten oder die Angebote des ÖPNV sein.

7. Kostenbelastungen der Unternehmen weiter senken

Unternehmen werden durch kommunale Abgaben belastet. Diese Kosten sind weit mehr als das „Zünglein an der Waage“, wenn es um Standortentscheidungen geht. Den Schwerpunkt der kommunalen Abgaben bilden die Gewerbesteuer und die Grundsteuer. Mit den jährlich festzusetzenden Hebesätzen greifen die Kommunen direkt in die unternehmerische Planung ein. Hier muss mit Maß entschieden werden, wie Entlastungen der Wirtschaft umgesetzt werden können. Zudem sind die Kommunen gehalten, ihren Einfluss auf Wasser- und Abwasser- und Abfallgebühren, auf Strom- und Gaspreise geltend zu machen.

Weitere kommunale Satzungen – wie Gebühren für die Ablösung von Parkplätzen und Sondernutzungen sowie Kosten aus Werbe- und Gestaltungssatzungen – sind unternehmerfreundlich zu gestalten.

8. Kommunalpolitik als Wohlfühlklima gestalten

Bürgermeister, Abgeordnete und andere kommunale Entscheidungsträger sollten enge Kontakte zur örtlichen Unternehmerschaft suchen und pflegen.

Unternehmerstammtische des Bürgermeisters, Besuche von Abgeordneten in den Unternehmen, Projektgruppen aus Unternehmern und Verwaltungsmitarbeitern oder auch die unternehmensnahe Gestaltung der Kinder- und Jugendbetreuung tragen zu einem Vertrauensverhältnis zwischen Wirtschaft und Kommunalpolitik bei.

Ebenso ist der schnelle und unkomplizierte Zugang zu Entscheidungsträgern ohne starres Festhalten an Hierarchiestufen für die Unternehmerschaft wichtig.

Dieses Wohlfühlklima in den Kommunen wirkt sich sehr positiv auf die Standortpräsentation durch die Unternehmer nach außen aus und benötigt keine gravierenden finanziellen Voraussetzungen.

Dr. Ulrich Müller
Präsident